

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

STANDPUNKT

- 2 2009: Ein Jahr der Herausforderungen

HOMEPAGE

- 3 Neu eingestellt: Register und Jahrbuch 2008

WAHLKREIS

- 3 Neujahrsempfang mit Franz Müntefering in Porz am 5. Februar 2009

KÖLN

- 3 Veranstaltung mit K. D. Voigt am 26. Januar
- 4 Die vier SPD-Bundestagsabgeordneten treten wieder an
- 5 Arbeitsschwerpunkte der SPD-Abgeordneten
- 6 Veranstaltung der Juso-Hochschulgruppe mit Martin Dörmann am 12. Januar
- 6 Lesung zur Nacht der Menschenrechte

BUNDESTAG

- 6 Entschädigungsregeln für TK-Unternehmen
- 7 Veranstaltung: Innovationsmotor Raumfahrt
- 8 Deutzerin beim Jugendmedienworkshop
- 9 Weiterentwicklung der Arbeitsmarktförderung
- 10 Bundestagsrede von Katja Mast, MdB zur Arbeitsförderung
- 11 Mehr Geld für Familien
- 12 Steuerliche Beschäftigungsmaßnahmen
- 13 Reform der Krankenhausfinanzierung
- 14 Höhere Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft
- 14 Wohngelderhöhung wird vorgezogen

EUROPA

- 15 SPD verabschiedet Europamanifest – Schulz Spitzenkandidat zur Europawahl

SERIE: SOZIALDEMOKRATISCHE KÖPFE

- 16 Vorgestellt: Klaas Hübner

INFOS UND IMPRESSUM

- 17 Sitzungswochen 2009, Infos, Büroanschriften, Bildnachweis, Impressum



Martin Dörmann, Lale Akgün und Rolf Mützenich (v.l.) wurden in Köln und Karl Lauterbach in Leverkusen mit jeweils über 90 Prozent Zustimmung zur Bundestagswahl 2009 nominiert (Bericht und zusätzliche Infos ab Seite 4)

*Für Köln
in Berlin*

Mitgliederausgabe • Redaktionsschluss: 19.12.2008

50. AUSGABE

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

2009: Ein Jahr der Herausforderungen für Konjunktur und Arbeitsmarkt

Liebe Genossinnen und Genossen,
die Themen **Konjunktur und Arbeitsmarkt** werden das Jahr 2009 prägen.

Deutschland als Exportnation Nr. 1 kann sich der weltweiten Rezession nicht entziehen. Auch wenn wir heute besser gerüstet sind als andere – nicht zuletzt dank der von Sozialdemokraten durchgeführten Reformen.

Jetzt kommt es darauf an, mit den richtigen Rezepten **Vertrauen** zu fördern und **Investitionsimpulse** zu setzen. Auch wenn **staatliche Maßnahmen** den Abschwung nur abmildern, aber nicht vollständig verhindern können.

Wir haben in Berlin ein **erstes Konjunkturpaket** aufgelegt, das man nicht klein reden sollte. Hierdurch wird ein Vielfaches an tatsächlichen Investitionen unterstützt. Etwa durch die **15 Milliarden zusätzliche Kreditmittel für die KfW**, mit denen beispielsweise Programme gefördert werden, die vor allem auch kleinen und mittleren Unternehmen zu Gute kommen. Wirken werden insbesondere auch die verbesserten **Abschreibungsmöglichkeiten für Betriebe** oder die zusätzlichen **Investitionen in die Infrastruktur**.

Wichtig ist aber auch die **Verlängerung des Kurzarbeitergeldes** von 12 auf 18 Monate. Das wird schnelle Entlassungen verhindern helfen und hoffentlich eine Brücke bis zum Ende der Krise bauen.

Für Sozialdemokraten geht es bei allen Maßnahmen letztlich darum, vor allem einen **Schutzschirm für Arbeitsplätze** zu errichten. Die bisher beschlossenen Maßnahmen werden dabei helfen.

Angesichts der Ausmaße der Rezession müssen wir sie meiner Ansicht nach ergänzen durch ein **zweites Konjunkturprogramm**. Dies sollte die bisherige Linie unterstützen und folgende **Grundsätze** berücksichtigen:

1. Wir müssen mit dem knappen Geld möglichst **effizient** umgehen.
2. Auf die **Wirkung** der Maßnahmen kommt es an. Maßnahmen, die weder strukturell richtig sind noch nachhaltig positive Effekte haben, sind kontraproduktiv.

Und 3.: eine **höhere Staatsverschuldung** muss

auch unter dem Aspekt der **Generationengerechtigkeit** noch vertretbar sein, zumal sie langfristig negative wirtschaftliche Folgen hat. Die Schulden von heute sind schließlich die Steuern von morgen.



Deshalb sollte man in erster Linie zusätzliche **Investitionen** in **Bildung**, in **kommunale Infrastruktur**, in **Klimaschutz und Energieeinsparung** ins Auge fassen. Wir haben beispielsweise in den Kommunen einen riesigen Investitionsstau, von Schulgebäuden bis zur Straßensanierung. Leider verbietet die **Kompetenzordnung des Grundgesetzes** direkte Hilfen des Bundes an die Städte und Gemeinden. Die SPD will deshalb in einer Konferenz mit den Ländern und

Kommunen klären, wie wir hier schnell zu umsetzbaren Lösungen für einen **kommunalen Investitionspakt** kommen.

Kontraproduktiv wären Maßnahmen, die nur einen **Strohfeuereffekt** haben und viel Geld ohne große Wirkung verbrennen. Wir brauchen nämlich auch in Zukunft noch einen **handlungsfähigen Staat**.

Deshalb halte ich wenig von **Steuersatzsenkung** oder **Konsumgutscheinen**. Gemessen an den Kosten für den Haushalt bringen sie viel zu wenig für die Konjunktur, weit weniger als direkte staatliche Investitionen.

Auf der **Nachfrageseite** sollten wir uns stattdessen auf solche Maßnahmen konzentrieren, die gleichzeitig zu **mehr Gerechtigkeit** führen. Etwa durch eine Abmilderung der sogenannten „Kalten Progression“. Oder durch eine Erhöhung der Sätze für Kinder von Hartz IV-Empfängern.

Insgesamt brauchen wir also Maßnahmen, die strukturell angelegt sind, nachhaltig wirken, zusätzliches Vertrauen schaffen und gerecht sind.

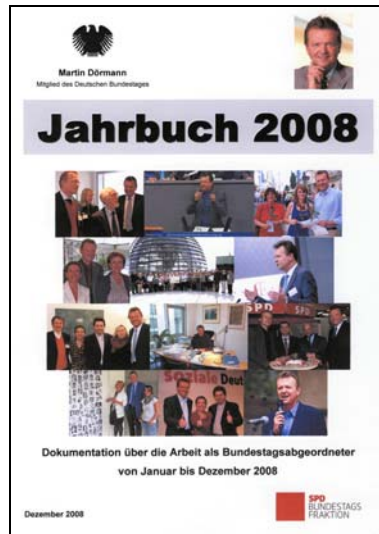
Ich gehe davon aus, dass bereits im Januar deutlich wird, wie ein zweites Konjunkturpaket aussehen könnte, das die **Bundesregierung** auf den Weg bringt.

Herzlichst

Euer



Thematisch gegliederte Auflistung der Berlin Depesche-Artikel 2008



Dokumentation über die Arbeit als Bundestagsabgeordneter im Jahr 2008



Dokumentation der Arbeit als Abgeordneter in der 16. Wahlperiode

WAHLKREIS

Neujahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Porz/Poll

SPD-Parteivorsitzender

Franz Müntefering, MdB

spricht zum Thema:

Politik für Arbeit und Wachstum

Wie sichern wir Wohlstand und sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft?

Donnerstag, 5. Februar 2009, 19:00 Uhr

(Einlass: 18:00 Uhr)

Bezirksrathaus Porz, Rathaussaal,
Friedrich-Ebert-Ufer 64-70, 51143 Köln-Porz



Franz Müntefering

KÖLN

„Fraktion vor Ort“ mit den Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten



Karsten D. Voigt

Obama – Chancen für einen Neuanfang der transatlantischen Beziehungen

Vortrag und Diskussion mit:

Karsten D. Voigt

Koordinator der Bundesregierung für deutsch-amerikanische Zusammenarbeit

Montag, 26. Januar 2009, 19.00 Uhr

Bürgerzentrum Nippes, Altenberger Hof, Scheune,
Mauenheimer Straße 92, 50733 Köln

Die vier Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten treten wieder an

Akgün, Dörmann, Lauterbach und Mützenich wurden mit über 90 Prozent Zustimmung zur Bundestagswahl 2009 nominiert

Die SPD in Köln zeigt sich geschlossen und setzt bei der Bundestagswahl 2009 auf bewährte Kräfte. Mit jeweils über 90 Prozent Zustimmung wurden am 12. Dezember bei zwei Wahlkreiskonferenzen in Köln-Chorweiler und Leverkusen die bisherigen Abgeordneten erneut nominiert.

Bei der Bundestagswahl 2005 konnten **Lale Akgün** (Wahlkreis Köln II), **Martin Dörmann** (Köln I), **Karl Lauterbach** (Köln IV/Leverkusen) und **Rolf Mützenich** (Köln III) ihre Bundestagswahlkreise jeweils mit großem Vorsprung direkt gewinnen.

Die SPD-Abgeordneten: „Wir möchten die vier Wahlkreise erneut für die SPD gewinnen und auch in der nächsten Wahlperiode Köln als Team gemeinsam in Berlin vertreten. Wir wollen die erfolgreiche Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt fortsetzen – jeder von uns in seinem Bereich.“

Mit unseren Schwerpunktthemen Europa/Integration (Lale Akgün), Wirtschaft/Neue Medien (Martin Dörmann), Gesundheit (Karl Lauterbach) und Außenpolitik/Rüstungskontrolle (Rolf Mützenich) besetzen wir wichtige Politikfelder und tragen zur Profilierung Kölns in der Region und auf Bundesebene bei.

Wir kämpfen dafür, dass die SPD an Stärke gewinnt und eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung unsere Politik der sozialen Gerech-

tigkeit, der ökologischen Nachhaltigkeit und der wirtschaftlichen Vernunft umsetzen kann.“

Die Ergebnisse bei den Wahlkreiskonferenzen im Einzelnen:

Wahlkreis 94 Köln I

(Porz, Kalk, nördliche Innenstadt):

Martin Dörmann, MdB seit 2002

Abgegebene Stimmen: 183

Ja: 167; Nein: 8; Enthaltungen: 8

Wahlkreis 95 Köln II

(Lindenthal, Rodenkirchen, südliche Innenstadt):

Lale Akgün, MdB seit 2002

Abgegebene Stimmen: 183;

Ja: 166; Nein: 12; Enthaltungen: 5

Wahlkreis 96 Köln III

(Chorweiler, Nippes, Ehrenfeld):

Rolf Mützenich, MdB seit 2002

Abgegebene Stimmen: 185;

Ja: 174; Nein: 7; Enthaltungen: 4

Wahlkreis 102 KölnIV/Leverkusen

(Mülheim/Leverkusen):

Karl Lauterbach, MdB seit 2005

Abgegebene Stimmen: 93;

Ja: 84; Nein: 8; Enthaltungen: 1



**Martin Dörmann bei seiner
Vorstellungsrede**



**Vier Köpfe – ein Team: Rolf Mützenich, Karl Lauterbach,
Lale Akgün und Martin Dörmann**

→ Die Vorstellungsrede von Martin Dörmann kann auf seiner Homepage www.martin-doermann.de heruntergeladen werden

Wahlkreis 94
Porz, Kalk, nördliche Innenstadt
Martin Dörmann



Mitgliedschaften in Gremien

- Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Unterausschuss Neue Medien
- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (stellv. Mitglied)
- Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Vorstand der NRW-Landesgruppe
- Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post, und Eisenbahnen

Funktionen in der SPD-Bundestagsfraktion

- Stellv. wirtschaftspolitischer Sprecher

Wahlkreis 95
Lindenthal, Rodenkirchen, südliche Innenstadt
Lale Akgün



Mitgliedschaften in Gremien

- Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union
- Innenausschuss (stellv. Mitglied)
- Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Euromediterrane Parlamentarische Versammlung
- Kuratorium der Bundeszentrale für Politische Bildung

Funktionen in der SPD-Bundestagsfraktion

- Islambeauftragte
- Stellv. migrationspolitische Sprecherin
- Stellv. europapolitische Sprecherin

Wahlkreis 96
Chorweiler, Nippes, Ehrenfeld
Rolf Mützenich



Mitgliedschaften in Gremien

- Auswärtiger Ausschuss
- Ausschuss für Arbeit und Soziales (stellv. Mitglied)
- 1. Untersuchungsausschuss (stellv. Mitglied)
- Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung
- Deutsch-Iranische Parlamentariergruppe (Vorsitzender)

Funktionen in der SPD-Bundestagsfraktion

- Abrüstungspolitischer Sprecher
- Leiter des Gesprächskreises „Nahe und Mittlerer Osten“

Wahlkreis 102
Mülheim, Leverkusen
Karl Lauterbach



Mitgliedschaften in Gremien

- Ausschuss für Gesundheit
- Finanzausschuss (stellv. Mitglied)

Sonstiges

- Adjunkt Professor der Harvard School of Public Health, Boston
- Buchautor „Der Zweiklassenstaat“

Veranstaltung mit der Juso-Hochschulgruppe

Investitionen für Bildung, Wachstum und Beschäftigung

Vortrag und Diskussion mit:

Martin Dörmann

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Montag, 12. Januar 2009, 19.00 Uhr

Hörsaal XXIV, WiSo-Gebäude, Universität Köln

Fragen:

- Welche Konjunkturmaßnahmen helfen gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise?
- Wie sieht eine gerechte und nachhaltige Finanz- und Wirtschaftspolitik aus?
- Was ist von Steuersenkungen und Konsumgütern zu halten?
- Welchen Stellenwert haben Bildung und Ausbildung für die Zukunft Deutschlands?
- Warum sind Studiengebühren kontraproduktiv?

Lesung im Rathaus zur Nacht der Menschenrechte

Martin Dörmann trug einen Redeauszug von Martin Luther King vor

Mit einer Nacht der Menschenrechte würdigten am 5. Dezember die Stadt Köln sowie zahlreiche andere Organisationen den 60. Jahrestag der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zum 10. Dezember. Auf Einladung von Amnesty International Köln fand in der Piazzetta des Rathauses eine Veranstaltung unter dem Titel „Ich lese Menschenrechte“ statt, an der sich Kölner Mandatsträger vom Rat bis zum Europaparlament beteiligten.

Martin Dörmann trug einen Auszug aus der berühmten Rede „I have a dream“ von **Martin Luther King** vor. Gehalten wurde die Ansprache im Sommer 1963 vor 250.000 Menschen, die in Wa-

shington gegen Rassentrennung und für die Rechte der schwarzen Bevölkerung demonstrierten. Die Veranstaltung gilt als Höhepunkt der Bürgerrechtsbewegung in den USA. Martin Dörmann erinnerte sich an sie, als er kürzlich nach der Wahl von **Barack Obama** zum US-Präsidenten Fernsehbilder des vor Freude weinenden Bürgerrechtlers **Jesse Jackson** sah.

Seitens der SPD nahmen an dem Vorleseabend außerdem Bürgermeisterin **Elfi Schöntwepes**, **Rolf Mützenich**, MdB, **Marc Jan Eumann**, MdL und **Hans-Georg Bögner**, MdR teil.

BUNDESTAG

Neue Entschädigungsregeln für Telekommunikationsunternehmen

Bundestagsrede von Martin Dörmann

Der Bundestag hat am 18. Dezember in 2./3. Lesung dem Gesetz zur Neuordnung der Entschädigung von Telekommunikationsunternehmen für die Heranziehung im Rahmen der Strafverfolgung zugestimmt. Durch höhere Entschädigungsbeträge werden die betroffenen Unternehmen finanziell entlastet und stärken somit ihre Wettbewerbsfähigkeit und Investitionskraft. Mittelbar können hierdurch auch die Telefonkunden über geringere Preise profitieren.

Martin Dörmann, SPD-Berichtersteller für Telekommunikation, hatte sich bereits seit Beginn der Wahlperiode für eine entsprechende Neuregelung eingesetzt und hierzu zahlreiche Gespräche mit Unternehmen, Verbänden sowie der Bundesregierung geführt. Federführend für das Gesetz ist der Rechtsausschuss.

Die Koalition hat damit eine frühere Zusage eingehalten und nach Einführung der Vorratsdatenspeicherung für eine angemessene Entschädigung des laufenden Sach- und Personalaufwandes der Telekommunikationsunternehmen gesorgt. Neu ist jetzt ein Pauschalensystem mit höheren Entschä-

digungsbeträgen im Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG). Die Beträge orientieren sich am erbrachten Aufwand für die jeweilige Leistung. Dies sind insbesondere Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Überwachung der Telekommunikation sowie das Erteilen von Auskünften über Bestands-, Verkehrs- und Standortdaten.



→ Die Bundestagsrede von Martin Dörmann ist eingestellt auf seiner Homepage: www.martin-doermann.de

Martin Dörmann moderiert Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion

Als Basis für den technologischen Fortschritt ist die Raumfahrt nicht mehr wegzudenken. Sie ist einer der Innovationsmotoren in unserem Land und steht mit ihren Zukunftstechnologien für eine Vielzahl neuer Wertschöpfungen. Vor diesem Hintergrund will die Arbeitsgruppe Wirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion unter der Überschrift „Innovationsmotor Raumfahrt“ mit Gästen aus Forschung, Industrie und Politik ins Gespräch kommen.

Die Veranstaltung, die von **Martin Dörmann** und seiner Fraktionskollegin **Edelgard Bulmahn** organisiert wird, bildet den Auftakt einer Reihe unter dem Oberbegriff „Leitmärkte der Zukunft“.

Interessante Referenten diskutieren über die Bedeutung der Raumfahrtforschung für die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft, für ihr wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Wo liegen die Stärken der deutschen Raumfahrtindustrie und wie können wir in einzelnen Bereichen eine noch stärkere Technologieführerschaft erreichen? Welche Prioritätensetzung muss erfolgen und wie sehen dafür geeignete Instrumente aus? Daneben wollen wir uns mit den Möglichkeiten der Qualifizierung sowie der Aus- und Weiterbildung für den Luft- und Raumfahrtstandort Deutschland beschäftigen.

Interessierte Gäste sind herzlich eingeladen. Eine Anmeldung ist erforderlich. Diese nimmt das Berliner Büro von Martin Dörmann gerne entgegen.

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe stehen die nächsten Termine bereits fest:

- Donnerstag, 12. Februar 2009, 14.30 Uhr: „Umwelttechnologie“, u.a. mit **Sigmar Gabriel**
- Donnerstag, 14. Mai 2009, 14.00 Uhr: „Logistik“, u.a. mit **Wolfgang Tiefensee**



Innovationsmotor Raumfahrt Zukunftstechnologien für neue Wertschöpfung

Donnerstag, 29. Januar 2009, 9:00-12:00 Uhr

Berlin, Reichstag, SPD-Fraktionssaal (R. 3 S 001)

Programm

- 09.00 Uhr **Begrüßung**
Dr. Peter Struck, MdB, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
- 09.10 Uhr **Einführung**
Martin Dörmann, MdB, Stellv. wirtschaftspolitischer Sprecher
- 09.20 Uhr **Raumfahrtstechnologien als Grundlage für irdische Innovation**
Thomas Reiter, Vorstand des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) e.V.
- 09.40 Uhr **Raumfahrt als Motor für den Wirtschafts- und Innovationsstandort Deutschland**
Wolfgang Tiefensee, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- 10.00 Uhr **Kaffeepause**
- 10.30 Uhr **Diskussion**
Zukunft Raumfahrt – Chancen für die Herausforderungen unserer Zeit
Wolfgang Tiefensee, Bundesminister
Thomas Reiter, Vorstand DLR e.V.
Edelgard Bulmahn, MdB, Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie
Evert Dudok, Vizepräsident des Bundesverbandes der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI)
- 11.50 Uhr **Zusammenfassung und Ausblick**
Edelgard Bulmahn, MdB, Bundesministerin a.D.

Josephine Echterhoff aus Köln-Deutz besuchte Martin Dörmann in Berlin

Vom 24. bis 28. November 2008 nahmen 40 Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten in Berlin am Jugendmedienworkshop teil. Initiiert wurde dieser vom Deutschen Bundestag, der „Jugendpresse Deutschland“, vom Bundesverband junger Medienmacher und der Bundeszentrale für politische Bildung. Den angehenden jungen Medienmachern wurde ein abwechslungsreiches Programm geboten, mit Recherche-Streifzügen und Expertengesprächen, Begegnungen mit Abgeordneten und Besuchen in Zeitungs- und Rundfunkredaktionen.

Aus dem Wahlkreis des Kölner Bundestagsabgeordneten **Martin Dörmann** nahm die 20-jährige **Josephine Echterhoff** teil, die in Deutz wohnt. Sie studiert im 1. Semester an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn Politik und Soziologie. In ihrer Freizeit engagiert sie sich bei den Kölner Jusos und bisher auch bei der Katholischen Jungen Gemeinde (KJG) in Köln-Deutz. Nachfolgend dokumentieren wir den Bericht von Josephine Echterhoff:

40 jugendliche Journalisten erobern für 5 Tage den Bundestag

Pink baumelt es an einem blauen Band, die Eintrittskarte zum Bundestag. Warteschlangen von 150 Metern sind nicht mehr aktuell, die Nebeneingänge sind mit dieser Karte frei zugänglich. Zugänglich für uns 40 Jugendliche, die nach Berlin zum Jugendmedienworkshop im Bundestag 2008 gereist sind. „Damit fühle ich mich wie ein VIP“, meint Nele. Mit großen Augen betritt sie mit uns anderen die heiligen Hallen des Parlaments, die Räume, in denen Politik gemacht und geatmet wird.

Der Workshop steht unter dem Motto „Große Klappe, viel dahinter! Wahlen. Engagement. Protest – Wo fängt Demokratie an?“ Wir wollen es herausfinden. Das bunte Programm dieser fünf Novembertage bietet viele Möglichkeiten.

Der Bundestagspräsident Norbert Lammert und die Vizepräsidentin Susanne Kastner gewähren während eines Gesprächs tiefe Einblicke in die Strukturen des Parlaments. Vom Hammelsprung und von Verweisen gegen Politiker, aber auch von der Politikverdrossenheit Jugendlicher ist die Rede.

Wir beweisen den beiden das klare Gegenteil. Vierzig engagierte Jugendliche, allesamt journalistisch aktiv, sei es in der Schülerzeitung oder als freie Mitarbeiter der Lokalzeitung. Dazu ist das politische Interesse sehr hoch, die staatsmännischen Diskussionen, bei denen es schon mal hoch her geht, zeigen dies.

„Guten Tag, Stader hier, Martin Dörmann hätte am Dienstag Zeit für Sie.“ Martin Dörmann, der SPD-Bundestagsabgeordnete meines Wahlkreises in Köln, empfängt mich freundlich lächelnd. Locker plaudert er aus dem politischen Nähkästchen, natürlich alles „unter drei“- ein Code, über Gespräche oder Informationen. „Unter drei“ dürfen Journalisten nichts schreiben oder abdrucken lassen. Schade, das hätte spannend werden können.

Spannend ist auch sein Tagesablauf; der Herr ist ausgebucht von morgens halb neun bis abends um 22 Uhr – mindestens. Dazu kommt das Pendeln zwischen Köln und der Hauptstadt. Ganz normaler Alltag, genauso wie das anstehende Gespräch mit Mobilfunkexperten, zu dem er mich mitnimmt.

Dabei legt er eine erstaunliche Energie an den Tag, angesichts seiner ca. 70-Stundenwoche. Es ist schön zu sehen, dass Politiker nicht durchweg desillusionierte und bürgerferne Menschen sind, wie so oft angenommen wird. Das macht Hoffnung.



Ein weiterer spannender Punkt auf dem Programm ist die Hospitation bei Medienanstalten. Einen Tag lang kann jeder einen Redakteur begleiten. Zum Beispiel zu der Haushaltsdebatte, bei der wir die Kanzlerin live erleben. Von „Der Zeit“ bis zur „Bild“ gab es für jeden angehenden Journalisten eine Möglichkeit, Hauptstadtjournalismus hautnah mitzuerleben.

Nicht nur gucken, sondern selber machen, ist bei dem Workshop die Devise. Das bedeutet die Gestaltung einer Ausgabe der „Politikorange“ in Zusammenarbeit mit der Jugendpresse. Innerhalb dieser fünf Tage gilt es, 25 Seiten zu füllen. Da kann die redaktionelle Arbeit auch schon mal bis tief in die Nacht andauern.

„Der Jugendmedienworkshop war eine einzigartige Möglichkeit, das politische Geschehen in Berlin live im Deutschen Bundestag mitzuverfolgen. „Dabei gelang es, Einblicke in das politische Tagesgeschäft mit Informationen über den Hauptstadtjournalismus zu verbinden“, sagt Tobias am letzten Tag, kurz vor der Abreise. Dem kann ich mich nur anschließen.

Mehr Entscheidungsspielräume für Vermittler

Mehr Entscheidungsspielräume der Vermittler für den Einzelfall, mehr maßgeschneiderte Projekte und innovative Lösungen für Langzeitarbeitslose werden mit dem **Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente** ermöglicht. Das (nicht zustimmungspflichtige) Gesetz wurde vom Bundestag am 5. Dezember 2008 in 2./3. Lesung verabschiedet.

Mehr Übersichtlichkeit durch die Reduzierung der Instrumente

Ausbildungs- und Arbeitsvermittlung bilden einen Kernbereich der Arbeitsmarktpolitik. Sie sind Dreh- und Angelpunkt für den Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb soll die öffentliche Vermittlung durch weitere Entbürokratisierung effektiver und effizienter gestaltet werden. Den Vermittlungsfachkräften vor Ort werden größere Entscheidungsspielräume für den Einzelfall eingeräumt. Die Entscheidungsspielräume für die Vermittler werden insbesondere durch das Vermittlungs- und Aktivierungsbudget ermöglicht – und zwar auch für Langzeitarbeitslose. Sie bekommen mit dem Vermittlungsbudget und den Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung Instrumente an die Hand, die zahlreiche, bisher auf Einzelregelungen verstreute, Ansätze bündeln.

Wenn bisher Zuschüsse für Bewerbungskosten, Fahrtkosten oder Zuschüsse zu Umzugskosten in Einzelvorschriften geregelt wurden, kann jetzt der Vermittler mit dem Vermittlungsbudget gezielt helfen. Die Vermittler entscheiden von nun an frei, was für die Person, die vor ihnen sitzt, notwendig ist.

27 der bisher 52 Instrumente zur Vermittlung und Eingliederung Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt werden abgeschafft. Weniger wirksame und kaum oder wenig genutzte Instrumente werden gestrichen. Dazu gehören z. B. der Einstellungszuschuss bei Neugründung oder die Sonderregelung zur Befreiung der Arbeitgeber vom Beitrag zur Arbeitsförderung bei Einstellung älterer Arbeitnehmer. Außerdem werden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im SGB II nicht mehr gefördert. Auf diese Änderung hat die CDU/CSU bestanden. Ohne dieses Zugeständnis wären andere gute Regelungen in diesem Gesetz nicht möglich gewesen. Es stehen im SGB II jedoch noch andere Instrumente der öffentlich geförderten Beschäftigung zur Verfügung.

Freie Förderung auf 10 Prozent aufgestockt

Neu geordnet wird die Möglichkeit zur Freien Förderung. Das Budget für die Freie Förderung wurde von den ursprünglich vorgeschlagenen 2 Prozent auf 10 Prozent aufgestockt – ein voller Erfolg für die SPD-Bundestagsfraktion, die von Beginn an ein größeres Budget für richtig gehalten hat. Die Mög-

lichkeit für maßgeschneiderte Projekte wird ferner dadurch erhöht, dass für Langzeitarbeitslose in besonderen Fällen vom Aufstockungs- und Umgehungsverbot abgewichen werden kann. Im SGB III erhält die Bundesagentur für Arbeit ein eigenes Budget zur Erprobung innovativer Maßnahmen. Außerdem wird im SGB III die Freie Förderung um ein Jahr verlängert und evaluiert.

Bildungspolitik ist vorsorgende Arbeitsmarktpolitik

Über 500.000 Arbeitslose, die meisten darunter Langzeitarbeitslose, haben keinen Schulabschluss. Ein Hauptschulabschluss ist für eine gute berufliche Perspektive unabdingbar und deshalb auch arbeitsmarktpolitisch bedeutsam. Es ist deshalb richtig, ihn aus Mitteln der Arbeitsmarktpolitik zu fördern, auch wenn die Länder als eigentlich Zuständige hier mehr Verantwortung übernehmen müssten. Den Hauptschulabschluss sollen Jugendliche im Rahmen berufsvorbereitender Bildungsmaßnahmen der Agenturen für Arbeit nachholen können. Für Erwachsene soll die Förderung des nachträglichen Erwerbs eines Hauptschulabschlusses in der Regel mit beruflicher Weiterbildung verknüpft werden. Die Sozialdemokraten setzen sich engagiert für den „Aufstieg durch Bildung“ ein und haben deshalb durchgesetzt, mit dem Gesetz das Recht auf Förderung zum Nachholen des Hauptschulabschlusses einzuführen. Mit dem Rechtsanspruch auf Förderung der Vorbereitung auf den nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses werden die beruflichen Perspektiven verbessert und die Kultur der zweiten Chance gefördert.

Sprachförderung als Regelinstrument eingeführt

Neben dem fehlenden Schulabschluss sind mangelnde Deutschkenntnisse die größte Hürde, um erfolgreich in Beruf und Weiterbildung zu sein. Personen mit Migrationshintergrund, die nicht über die notwendigen Grundkenntnisse der deutschen Sprache verfügen, sollen deshalb künftig verstärkt in der Eingliederungsvereinbarung zur Teilnahme an einem Sprachkurs des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge verpflichtet werden.

Spielraum für die richtige Unterstützung im Einzelfall

Mit der Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente lösen wir unser Versprechen ein – mehr dezentrale Entscheidungsspielräume zuzulassen. Sie entspricht einer zeitgemäßen Weiterentwicklung der Arbeitsförderung und stärkt den sozialpolitischen Auftrag der Bundesagentur für Arbeit. Dieses Gesetz leistet viel: Nicht Menschen in Schubladen stecken, sondern Spielraum für die richtige Unterstützung im Einzelfall geben. Nicht Menschen abschreiben, sondern ihnen immer wieder Chancen geben.

Bundestagsrede von Katja Mast, MdB zur Arbeitsförderung

Am 26. November war **Katja Mast** in Köln zu Gast bei einem von **Martin Dörmann** organisierten Fachgespräch. Daran nahmen u.a. **Peter Welters** (Leiter der Agentur für Arbeit Köln), Sozialdezernentin **Marlis Bredehorst** und zahlreiche Vertreter von Trägern und Verbänden teil.

Zur Verabschiedung des zuvor beschriebenen „Gesetzes zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“ hielt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion am 5. Dezember die nachfolgende Rede.

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen,

das doppelte V - das ist aus meiner Sicht die Überschrift für das heute abzustimmende Gesetz. Das doppelte V - das heißt Vertrauen und Verantwortung in die Kraft der Gestaltung vor Ort.

Die Neuorganisation der arbeitsmarktpolitischen Instrumente setzt Vertrauen in dezentrale Entscheidungsspielräume und innovative Möglichkeiten. Dieses Gesetz ist ein kraftvolles Signal für Vor-Ort-Lösungen. Wir als Gesetzgeber eröffnen bewusst Handlungsspielräume. Unsere Erwartung ist - wir wollen, dass diese Möglichkeiten verantwortlich genutzt werden. Unsere Hoffnung geht darüber hinaus. Wir setzen damit auch ein Signal für eine gute Lösung der Neuorganisation der ARGEN.

Auch wenn man sich über das ein oder andere Detail streiten kann, ist doch die zentrale Frage, wo finden wir diese Handlungsspielräume im heute zu verabschiedenden Gesetz?

1. Wir haben es geschafft - wir reduzieren die Einzelgesetze für die Arbeitsvermittler vor Ort und schaffen durch Budgets Spielräume für passgenaue Lösungen. Diese Budgets sind sowohl im SGB III als auch im SGB II möglich - sie finden sich als Vermittlungsbudget im § 45 und als Aktivierungsbudget in § 46.

2. Noch nie gab es eine Freie Förderung für dezentrale Projekte im SGB II. Diese schaffen wir jetzt, das ist erklärter Wille der Bundesregierung und des Parlaments. Uns Volksvertretern ist es gelungen, den Ansatz der Regierung von 2% auf das Fünffache - ich wiederhole das Fünffache - auf 10% anzuheben. Unser Sozialdemokratischer Fraktionsvorsitzender Peter Struck hatte recht mit seinem vielbeschworenen Gesetz: Kein Gesetz verlässt den Bundestag, wie es eingebracht wurde. Von 2% auf 10% freie Förderung - das ist ein Durchbruch in der bundesdeutschen Arbeitsmarkt- und Vertrauenspolitik.

Doch damit nicht genug:

3. Wir schaffen weitere Möglichkeiten zum dezentralen Handeln. Das Aufstockungs- und Umgehungsverbot wird für Langzeitarbeitslose gelockert. Das ist Ergebnis vieler Gespräche mit Experten vor Ort und mit Fachverbänden. Das ist größtmögliches Vertrauen in die Akteure vor Ort. Dieses Vertrauen fordert auch Verantwortung. Im Gesetz steht klar: „Bei Leistungen an Arbeitgeber ist darauf zu achten, Wettbewerbsverfälschungen zu vermeiden.“ Das meinen wir ernst - wir wollen keine voll finanzierten Lohnkostenzuschüsse und keine voll finanzierten betrieb-

lichen Ausbildungen - um extreme Beispiele für solche Verfälschungen am Arbeitsmarkt zu nennen. Es gilt natürlich geltendes Recht, zum Beispiel das Europäische Beihilferecht. Unser Vertrauen steht: Die Akteure vor Ort können mit dieser Verantwortung umgehen.

4. Mit dem Recht auf die Vorbereitung eines Hauptschulabschlusses im SGB III setzen wir auf vorsorgende Arbeitsmarktpolitik. Wir wollen jedem eine 2. Chance geben. Aufstieg durch Bildung ist seit über 145 Jahren sozialdemokratisches Kernanliegen. Das ist gut so. Wir übernehmen damit Verantwortung, wo die Bundesländer bei jährlich 70.000 Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss versagen. Denn jedem Sozialpolitiker ist doch klar, ohne Schulabschluss keine Ausbildung und ohne beides ist die Wahrscheinlichkeit der

Langzeitarbeitslosigkeit hoch. Wir sind froh, dass wir mit der Union einen Partner haben, der unseren Argumenten an dieser Stelle nicht widerstehen konnte. Handlungsspielräume vor Ort entstehen hierdurch, weil jetzt absolut klar ist: Der Hauptschulabschluss ist Sache des SGB III. Ich bin froh, dass die Bundesagentur für Arbeit in unserer Expertenanhörung zugesagt hat, das Fachkonzept für die berufsvorbereitenden Maßnahmen zu überarbeiten. Nur in der Verbindung von Begleitung durch berufsvorbereitenden Maßnahmen und Vorbereitung auf den Hauptschulabschluss machen wir es schulmüden Jugendlichen möglich, ihren Schulabschluss nachzuholen.

Mit diesem Gesetz und seinen Budgets stärken wir die Vermittler. Dies ist wichtig, da sie der Partner der Arbeitssuchenden sind. Durch sie wird Arbeitsmarktpolitik jeden Tag konkret. Deshalb stellen wir weitere Vermittler ein und werden mehrere Tausend befristete Arbeitsverträge bei der Bundesagentur für Arbeit entfristen.

Soweit nun zu den abstrakten Möglichkeiten der neuen Handlungsspielräume - aber wie geht es Silvia Müller, Vermittlerin bei der Agentur für Arbeit in meiner Heimat Pforzheim?

Vor ein paar Tagen hat Sie erfahren, dass ihr befristeter Arbeitsvertrag jetzt unbefristet weiterlaufen kann. Sie hat nun endlich einen dauerhaften Arbeitsvertrag. Peter Kühn, ein ehemaliger Lagerarbeiter mit 45 Jahren, sitzt heute vor ihr, der seit ein paar Wochen arbeitslos ist. Er ist zum Vorstellungsgespräch in Düsseldorf eingeladen. Im Bewerbungskurs wurde ihm empfohlen mit „Schlips und Kragen“ zum Gespräch zu gehen. Sowohl Fahrtkosten als auch „Schlips und Kragen“ kann er sich nicht leisten. Er wollte den Termin zum Vorstellungsgespräch



deshalb absagen. Frau Müller motiviert ihn, hinzugehen, sagt ihm zu, diese Kosten zu übernehmen. Bis vor einigen Wochen hatte sie immer aus verschiedenen Töpfen genauestens berechnen müssen, wie sie Herrn Kühn helfen kann. Doch mit unserem Gesetz ist das anders – sie hat jetzt ein Budget. Verwaltungskosten werden gespart. Eine passgenaue Lösung also. Dieses Gesetz verändert das Verhältnis zwischen Vermittler und Arbeitssuchenden – das wollen wir.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Das Gesetz trägt eine deutliche Handschrift. Wir haben erreicht, dass jeder und jede künftig das Recht hat, sich auf den Hauptschulab-

schluss vorzubereiten. Das ist ein großer Erfolg – und wieder ein Beleg dafür, dass Sozialdemokraten den „Aufstieg durch Bildung“ gestalten – auch gemeinsam mit der Union. Die Budgets werden die notwendigen Spielräume geben, um Menschen individuell und bedarfsgerecht zu fördern. Und die freie Förderung ermöglicht passgenaue Lösungen vor Ort.

Das ist Politik, die verantwortungsvoll mit den Mitteln der Beitrags- und Steuerzahler haushaltet. Das ist Politik mit und für die Menschen.

Das ist Politik mit doppeltem V – Vertrauen und Verantwortung für maßgeschneiderte Lösungen.

Mehr Geld für Familien

Kindergeld und Freibeträge werden erhöht

Die finanzielle Situation von Familien wird verbessert. Der Bundestag hat am 4. Dezember 2008 in 2./3. Lesung das Gesetz zur Förderung von Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen (Familienleistungsgesetz – FamLeistG) beschlossen (Drs. 16/10809, 16/11172). Der Bundesrat hat dem Gesetz am 19. Dezember zugestimmt.

Mehr Kindergeld und höhere Freibeträge

Das Familienleistungsgesetz entlastet Familien direkt durch die Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages. Das Kindergeld für das erste und zweite Kind wird von 154 Euro auf 164 Euro pro Monat angehoben werden. Für das dritte Kind wird das Kindergeld von 154 Euro auf 170 Euro, für das vierte und weitere Kind von 179 Euro auf 195 Euro erhöht werden.

Der Kinderfreibetrag wird um 216 Euro erhöht. Die kindbezogenen Freibeträge (Kinderfreibetrag und Freibetrag für Betreuung, Erziehung und Ausbildung) erreichen damit eine Höhe von insgesamt 6.024 Euro im Jahr.



Union verhindert Schulbedarfspaket bis zum Abitur

Jeweils zum Schuljahresbeginn sollen für Schülerinnen und Schüler aus Familien, die ihren Lebensunterhalt nicht oder nicht vollständig aus eigenen Kräften und Mitteln bestreiten können, zusätzlich 100 Euro gezahlt werden. Sie sollen für den Erwerb der persönlichen Ausstattung für die Schule (Schulranzen, Turnzeug, Schreib-, Rechen- und Zeichenmaterialien) verwendet werden. Allerdings nur von Klasse eins bis Klasse zehn. Die Zahlung

bis zum Abitur, wie es die SPD-Bundestagsfraktion vorgesehen hatte, war mit der Union auch in weiteren Verhandlungen nicht zu machen. Sie hätte sich nur darauf eingelassen, wenn die SPD-Bundestagsfraktion im Gegenzug einer unverhältnismäßigen Ausweitung der Steuerfreiheit von Arbeitgeberleistungen für Betreuung zugestimmt hätte. Diese Ausweitung hätte zu hohen Steuerausfällen und Einnahmeverlusten bei den Sozialversicherungen geführt. Außerdem wären vor allem Bezieher hoher Einkommen die Profiteure gewesen. Die SPD konnte deshalb diese falsche Weichenstellung nicht mittragen.

Dieser Vorschlag verdeutlicht einmal mehr wessen Geistes Kind die Familien- und Bildungspolitik der Union ist. Sie gibt mit der Beschränkung des Schulbedarfspakets bis zur zehnten Klasse das fatale Signal, dass Kindern aus sozial schwachen Haushalten der Weg zum Abitur nicht zugetraut wird. Und noch schlimmer, die Union erschwert ihn sogar für diese Kinder und zementiert damit einmal mehr die soziale Auslese des deutschen Bildungssystems. Die SPD-Bundestagsfraktion will bessere Bildungschancen für alle Kinder - unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern. Die Union muss zur Vernunft kommen. Spätestens der Bundesrat muss die sture Haltung der Unionsfraktion korrigieren und, wie in seiner Stellungnahme gefordert, auf die bedingungslose Ausweitung des Schulbedarfspakets bis zum Abitur hinwirken.

Verbesserung der steuerlichen Absetzbarkeit haushaltsnaher Dienstleistungen

Darüber hinaus wird die steuerliche Absetzbarkeit der Beschäftigung von Haushaltshilfen, für die Sozialversicherungsbeiträge abgeführt werden, verbessert. Gleiches gilt für haushaltsnahe Dienstleistungen einschließlich Pflege und Betreuung. Absetzbar sollen einheitlich 20 Prozent der Aufwendungen von bis zu 20.000 Euro, höchstens aber 4.000 Euro pro Jahr sein. Geplant ist zudem, die Steuerermäßigung für die Beschäftigung von Minijobbern auf 20 Prozent der Aufwendungen von bis zu 2.550 Euro, höchstens aber 510 Euro pro Jahr, festzusetzen.

Mit all diesen genannten Maßnahmen werden die Familien um gut zwei Milliarden Euro jährlich entlastet.

Impulse für Investitionen

Am 4. Dezember 2008 wurden in 2./3. Lesung die steuerrechtlichen Regelungen des Maßnahmenpakets „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ (Drs. 16/10930, 16/11171) beschlossen, dem der Bundesrat bereits am 5. Dezember zugestimmt hat.

Hierbei geht es um eine auf zwei Jahre befristete attraktive Verbesserung von Abschreibungsmöglichkeiten, die verbesserte Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen und eine zeitlich befristete Kfz-Steuerbefreiung.

Kräftige Impulse für öffentliche und private Investitionen

In Anbetracht der weltweiten Konjunkturabschwächung in Folge der Finanzmarktkrise ist die vorrangige Aufgabe, Wachstum und Beschäftigung auch weiterhin zu sichern. Mit dem jetzt beschlossenen steuerlichen Maßnahmenpaket werden kräftige Impulse für private und öffentliche Investitionen gegeben. Es soll erreicht werden, mit gezielten und auf zwei Jahre befristeten Förderungen, Unternehmen, Privathaushalte und Kommunen zu Investitionen von rund 25 Milliarden Euro anzuregen.

Im November wurde das Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ aufgestellt. Darin enthalten sind weitere Vorhaben, die über die steuerrechtlichen Regelungen hinausgehen. Sie sorgen für Entlastungen, schaffen mehr Anreize für private Haushalte, geben Impulse für mehr Investitionen, fördern Innovationen und Energieeffizienz und spannen ein Sicherheitsnetz für Beschäftigte. Bis zum Ende des Jahres werden alle geplanten Vorhaben gesetzgeberisch umgesetzt sein.

Die konjunkturstabilisierenden Ansätze beschränken sich nicht nur auf das Paket zur Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung. Das zentrale Stabilisierungsinstrument bleibt der Finanzmarktschirm, der – nach anfänglichem Stottern – funktioniert, und die notwendige Versorgung von Unternehmen und Verbrauchern mit Liquidität und Krediten weiterhin sichern wird.

Die steuerlichen Maßnahmen im Gesetzentwurf

- Es wird zeitlich befristet für zwei Jahre eine degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens in Höhe von höchstens 25 Prozent zum 1. Januar 2009 eingeführt.
- Zusätzlich zur degressiven Abschreibung wird, befristet auf zwei Jahre, für kleine und mittlere Unternehmen die Möglichkeit,

Investitionsabzugsbeträge und Sonderabschreibungen in Anspruch zu nehmen, erweitert. Die dafür relevanten Betriebs- und Gewinn Grenzen werden auf 335.000 Euro, 175.000 Euro und 200.000 Euro erhöht.

- Die Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen wird bei Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen ausgeweitet und der Steuerbonus auf 20 Prozent von 6.000 Euro (1.200 Euro) zum 1. Januar 2009 verdoppelt. Zwei Jahre nach Inkrafttreten wird die Bundesregierung die Wirksamkeit der verbesserten Absetzbarkeit evaluieren.
- Für Pkw mit Erstzulassung ab dem 5. November 2008 bis zum 30. Juni 2009 wird eine befristete Kfz-Steuerbefreiung für ein Jahr eingeführt, um die Kaufzurückhaltung bis zur Klarheit über die Umstellung der Kfz-Steuer auf CO₂-Basis aufzulösen. Für Fahrzeuge, die die Euro-5-Norm und die Euro-6-Norm erfüllen, verlängert sich die maximale Kfz-Steuerbefreiung auf zwei Jahre ab Erstzulassung. Die Kfz-Steuerbefreiung endet in jedem Fall am 31. Dezember 2010.



3,5 Milliarden Euro mehr für Krankenhäuser

Krankenhäuser brauchen verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit. Diese erhalten sie durch das Krankenhausfinanzierungsreformgesetz. Es beinhaltet strukturelle Reformen sowie finanzielle Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Krankenhäuser. Vor allem letzteres kommt den Patientinnen und Patienten zugute und dem sie betreuenden Pflegepersonal.

Am 18. Dezember hat der Bundestag das Krankenhausfinanzierungsreformgesetz beschlossen. Die zugesagten zusätzlichen 3,5 Milliarden Euro werden im Jahr 2009 ohne Kürzungen an die Krankenhäuser fließen. Gleichzeitig wird aber auch sichergestellt, dass es darüber hinaus nicht zu weiteren Mehrausgaben für die Krankenkassen kommt. Bei der Kalkulation des Beitragssatzes für das Jahr 2009, sind 3,5 Milliarden Euro Mehrausgaben für die Krankenhäuser berücksichtigt worden. Weitere Zusatzbelastungen würden das Risiko bergen, dass einzelne Kassen im Jahr 2009 Zusatzbeiträge erheben müssten. Der Bundesrat hatte den Gesetzentwurf bereits am 19. September in einem Entschließungsantrag aller Länder begrüßt.

Viele Krankenhäuser in wirtschaftlich schwieriger Situation

Die wirtschaftliche Situation vieler Krankenhäuser ist schwieriger geworden. Wichtige Gründe dafür sind die gestiegenen Personal- und Sachkosten. Diese konnten nach geltendem Recht nicht auf die von den gesetzlichen Krankenkassen finanzierten Fallpauschalen umgelegt werden. Außerdem kommen die Länder ihren Verpflichtungen zur Finanzierung von Krankenhausinvestitionen nicht in ausreichendem Umfang nach. Dadurch zahlen Krankenhäuser notwendige Investitionen mit Geldern, die eigentlich zur Versorgung der Patienten eingesetzt werden sollen. Beides führte zum Abbau von Pflegepersonal und zur Überlastung des bestehenden Personals

Finanzierung von Tarifsteigerungen

Nach bisherigem Recht durften die Preise für Krankenhausleistungen nur analog zu den Krankenkasseneinnahmen steigen (Grundlohnbindung). Durch die Tarifierhöhungen steigen die Kosten der Krankenhäuser jedoch wesentlich stärker. Deshalb sieht das Gesetz vor, dass die Kostensteigerungen, die nicht über die geltende Regelung abgegolten werden, zur Hälfte von den Krankenkassen finanziert werden. Dies kommt natürlich nur den Krankenhäusern zu Gute, die auch nach Tarif bezahlen. Maßstab ist der Tarifvertrag, der für die meisten Beschäftigten in einem Krankenhaus gilt. So verringert sich der Kostendruck auf die Krankenhäuser und weitere übermäßige Arbeitsverdichtungen werden verhindert.

Förderung von 15.000 Stellen im Pflegedienst

Zur Verbesserung der Situation des Pflegepersonals in Krankenhäusern wird ein Förderprogramm eingeführt. Dadurch werden in drei Jahren bis zu 15.000 zusätzliche Stellen im Pflegedienst zu 90 Prozent anteilig durch die Krankenkassen finanziert. Zusätzlich wird der Sparbeitrag der Krankenhäuser in Form des Rechnungsabschlags von 0,5 Prozent bei gesetzlich versicherten Patientinnen und Patienten ab 1. Januar 2009 aufgehoben.

Zu den weiteren Inhalten gehört unter anderem:

- Das Statistische Bundesamt soll bis Mitte 2010 einen Orientierungswert ermitteln, der zeitnah die Kostenentwicklung im Krankenhausbereich erfasst. Es wird angestrebt, dass dieser ab 2011 die strikte Grundlohnbindung der Krankenhauspreise ersetzt.
- Es wird ein pauschaliertes und tagesbezogenes Vergütungssystem für Leistungen der Psychiatrie und Psychosomatik entwickelt und eingeführt. Ab 2013 soll danach abgerechnet werden. Zudem wird die Finanzierung der Psychiatrie verbessert. Dadurch können die psychiatrischen Kliniken in Zukunft mehr Personal einstellen.
- Die unterschiedlichen Landesbasisfallwerte werden in einem Zeitraum von 5 Jahren, beginnend ab 2010, schrittweise auf einen einheitlichen Basisfallwertkorridor angenähert.
- Ab 2012 soll die Investitionsfinanzierung auf Investitionspauschalen umgestellt werden, wenn sich die Länder hierzu entscheiden. Dazu wird ein gesetzlicher Auftrag zur Entwicklung einer Reform der Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser durch leistungsorientierte Investitionspauschalen bis Ende 2009 erteilt. Ziel ist es, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Krankenhäuser notwendige Investitionen sicherer planen und flexibler über die Mittel entscheiden können.
- Die Mehreinnahmen der Krankenhäuser, die aus der letzten Stufe der Fallpauschaleneinführung resultieren, werden nicht vollständig im Jahr 2009 finanziert, sondern über zwei Jahre verteilt. Auch hier gilt: Es wird den Krankenhäusern nichts weggenommen.
- Die besonders in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen befürchteten Einbußen beim Annähern an einen bundeseinheitlichen Preiskorridor werden zeitlich gestreckt und damit abgefedert.
- Mit Krankenhäusern, die bei einzelnen Leistungen besonders hohe Fallzahlen und damit u.U. eine höhere Wirtschaftlichkeit erreichen, können die Krankenkassen niedrigere Preise vereinbaren.

Höhere Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft

Am 4. Dezember 2008 hat der Deutsche Bundestag in 2./3. Lesung den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (Drs. 16/10811, 16/11231) beschlossen. Mit dem Entwurf wird die Höhe der Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung für das Jahr 2009 angepasst.

Der Bund beteiligt sich zweckgebunden an den Leistungen der kommunalen Träger für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Es wird damit sichergestellt, dass die Kommunen jährlich um 2,5 Milliarden Euro entlastet werden. Bis 2008 wurde die Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung in drei Schritten angepasst. 2005 und 2006 betrug die Beteiligung durchschnittlich 29,1, 2007 31,2

und 2008 28,6 Prozent.

Ab dem Jahr 2008 gilt eine neue Anpassungsformel für die Berechnung der Bundesbeteiligung. Voraussetzung für eine Neuberechnung ist, dass sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im maßgeblichen Zeitraum um mindestens 0,5 Prozent ändert. In diesem Fall muss die Bundesbeteiligung gesetzlich angepasst werden. Dies ist für 2009 der Fall. Mit dem Gesetzentwurf wird nun die Bundesbeteiligung festgelegt. Diese beträgt durchschnittlich 26 Prozent. Mit 29,4 und 35,4 Prozent wird die Beteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung in den Ländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz höher ausfallen als in den 14 anderen Bundesländern (25,4 Prozent). Der Bund wird mit 3,2 Milliarden Euro belastet. Das sind 0,7 Milliarden Euro weniger als 2008.

Wohngelderhöhung wird vorgezogen

Am 5. Dezember 2008 hat der Deutsche Bundestag dem Regierungsentwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Wohngeldgesetzes (Drs. 16/10812, 16/11229) zugestimmt. Damit wird die Erhöhung des Wohngelds vom 1. Januar 2009 auf den 1. Oktober 2008 vorgezogen.

Im Sommer haben Bundestag und Bundesrat einer Novellierung des Wohngeldrechts zugestimmt. Dies hat zur Folge, dass das Wohngeld zum 1. Januar 2009 um durchschnittlich 60 Prozent erhöht wird. Die in den vergangenen Monaten extrem gestiegenen Energie- und Heizkosten belasten die Bürgerinnen und Bürger aber schon jetzt. Deswegen hat sich der Gesetzgeber entschieden, einkommensschwache Haushalte früher als geplant zu unterstützen. Der beschlossene Gesetzentwurf sieht vor, die höheren Leistungen im Rahmen des Wohngelds bereits ab dem 1. Oktober 2008 auszuzahlen. So sollen die hohen Nebenkostenabrechnungen sowie die höheren monatlichen Abschlagszahlungen ausgeglichen werden. Vorgesehen ist eine Einmalzahlung in Höhe der summierten Monatsbeträge des vierten Quartals. Diese Zahlung steht allen zu, die innerhalb des Zeitraums vom Oktober 2008 bis März 2009 in einem Monat Wohngeld bezogen haben. Eine zusätzliche Beantragung ist nicht notwendig.

Die Erhöhung des Wohngelds in diesem Jahr geht zurück auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion. Neu ist die Heizkostenpauschale in Höhe von 50 Cent pro Quadratmeter Wohnfläche. Die Heizkosten werden demnach automatisch nach Anzahl der

zum Haushalt gehörenden Personen sowie der Wohnfläche zur Kaltmiete hinzugerechnet. Für einen Mieter, der im Durchschnitt monatlich 90 Euro Wohngeld erhält, bedeutet die neue Berechnung des Wohngelds eine Erhöhung auf bis zu 140 Euro. Von der erhöhten Leistung werden über 800.000 Haushalte, davon knapp 300.000 Rentnerhaushalte profitieren.



Die verbesserten Bedingungen sollen für Bürgerinnen und Bürger einen Anreiz darstellen, aus dem Transferleistungsbezug in das Wohngeld zu wechseln, wenn durch das Wohngeld die Hilfebedürftigkeit vermieden werden kann. Um den Wechsel zu vereinfachen, sollen Wohngeldempfänger – zukünftig unter bestimmten Voraussetzungen – für den Zeitraum des Übergangs – gleichzeitig Wohngeld und bestimmte Transferleistungen beziehen können.

KölnSPD trauert um Dr. Uta Renn

Mit großer Betroffenheit und Trauer hat die KölnSPD die Nachricht des Todes von Dr. Uta Renn aufgenommen, die am 17. Dezember verstorben ist. Sie wurde erst vor kurzem für ihre 40jährige Mitgliedschaft in der SPD geehrt und engagierte sich vor allem im Bereich Pflege, Wohnen im Alter und in der offenen Altenarbeit. Seit 1996 war sie Mitglied der Seniorenvertretung der Stadt Köln, zuletzt als stellvertretende Vorsitzende. Seit 2004 war sie als Sachkundige Einwohnerin im Ausschuss für Soziales und Senioren des Rates der Stadt Köln tätig. Martin Dörmann: „Mit Uta Renn verlieren wir eine unglaublich engagierte Sozialdemokratin, die sich vor allem für die sozialen Belange ihrer Mitmenschen eingesetzt hat. Sie wird uns sehr fehlen.“

Martin Schulz Spitzenkandidat für die Europawahlen am 7. Juni 2009

An der Spitze der Kandidatenliste für die Europawahl im Juni 2009 steht der Fraktionsvorsitzende der SPD im EU-Parlament, **Martin Schulz**. Die Europadelegiertenkonferenz der SPD wählte ihn in Berlin am 8. Dezember 2008 mit einem überwältigenden Ergebnis von 99,2 Prozent zum Spitzenkandidaten. Zuvor hatte Schulz in einer mitreißenden Rede für ein starkes und soziales Europa geworben.



Neben dem Spitzenkandidaten wählten die 280 Delegierten die Bundesliste und das Europamanifest für die Wahlen zum Europäischen Parlament am 7. Juni 2009. Unsere Kandidaten aus der Region Mittelrhein sind Martin Schulz sowie der 30-jährige **Sebastian Hartmann**. Er hat den Listenplatz 30 (siehe Liste unten).

„Für Europa: stark und sozial!“ Unter diesem Leitbild steht das Europawahlmanifest. Die SPD geht damit mit einer doppelten Botschaft in die Europawahlen im kommenden Jahr: Zum einen formuliert sie als Europapartei Deutschlands eine nachdrücklich positive Zukunftsidee von Europa, die den hohen Wert der Europäischen Union für Frieden, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit in Europa und der Welt im globalen 21. Jahrhundert betont.

An das Hamburger Grundsatzprogramm anknüpfend fordert die SPD ein starkes und soziales Europa als Antwort auf die Globalisierung. Damit – und dies ist die zweite Botschaft des SPD-Europawahlmanifests – wird zugleich deutlich: Gegenüber dem Markteuropa von Konservativen und Liberalen steht die SPD für das starke und soziale Europa als spezifisch sozialdemokratisches Zukunftsprojekt für die Europäische Union von morgen.

„Wenn wir Europa stark und sozial machen wollen, dann müssen wir die EU nach links schieben“, sagte Schulz in seiner kämpferischen Rede. Die Finanzkrise zeige: Die neokonservative Philosophie, die ein reines Markteuropa wolle, sei gescheitert. Die richtige Antwort auf die Globalisierung, so

Schulz, sei ein starkes und soziales Europa.

Der SPD-Spitzenkandidat forderte, die europäische Tradition der Sozialstaatlichkeit progressiv weiterzuentwickeln. Dazu müsse das Wirtschaften im europäischen Binnenmarkt in eine politische und soziale Ordnung eingefasst werden. Darüber hinaus müsse Europa sein politisches Gewicht auch für eine friedliche und sozial gerechte Gestaltung der Globalisierung einsetzen.

SPD-Kanzlerkandidat **Frank-Walter Steinmeier** ging in seiner Rede auf die Wirtschafts- und Finanzkrise ein. Er erwartet vom Konjunkturprogramm, das Bundestag und Bundesrat auf den Weg gebracht haben, einen Investitionsschub von rund 50 Milliarden Euro im kommenden Jahr. Er betonte, dass es sich um das größte Konjunkturprogramm handele, das „wir in den letzten Jahrzehnten auf den Weg gebracht haben“.

Weitere staatliche Konjunkturmaßnahmen müssten, so Steinmeier, genau auf ihre Wirksamkeit geprüft werden: „Wir müssen mit jedem Euro, den wir ausgeben, verantwortlich umgehen.“ Entscheidend sei dabei, Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern. Frank-Walter Steinmeier betonte: „Mich beeindruckten nur Vorschläge, die drei Kriterien erfüllen. Und diese Kriterien heißen: Arbeitsplätze, Arbeitsplätze, Arbeitsplätze.“

Deutschland stehe, so Steinmeier, im Vergleich zu anderen Ländern, gut gerüstet in der Wirtschaftskrise da. Er verwies insbesondere auf die vergleichsweise geringe Arbeitslosenzahl von unter drei Millionen, auf gefüllte Sozialkassen und auf einen soliden Staatshaushalt. „Das dies so ist, verdankt Deutschland ganz wesentlich der sozialdemokratischen Politik der vergangenen zehn Jahre.“

Die gewählte SPD-Bundesliste bis Platz 35:

1 Martin Schulz 2 Evelyne Gebhardt 3 Bernhard Rapkay 4 Jutta Haug 5 Wolfgang Kreissl-Doerfler 6 Bernd Lange 7 Jutta Steinruck 8 Udo Bullmann 9 Dagmar Roth-Behrendt 10 Jens Geier 11 Matthias Groote 12 Ulrike Rodust 13 Peter Simon 14 Petra Kammerrevert 15 Kerstin Westphal 16 Jo Leinen 17 Barbara Weiler 18 Knut Fleckenstein 19 Birgit Sippel 20 Ismail Ertug 21 Norbert Glante 22 Constanze Krehl 23 Norbert Neuser 24 Erika Mann 25 Karin Jöns 26 Ulrich Stockmann 27 Sylvia Radtke 28 Holger Poppenhäger 29 Gabi Roland **30 Sebastian Hartmann** 31 Hidir Karademir 32 Monika Borchert-Bösele 33 Christoph Dolle 34 Maike Rohwer 35 Matthias Wehrmeyer

Anmerkung: Derzeit sind 23 deutsche Sozialdemokraten Mitglied im EU-Parlament.

Portraitsammlung über SPD-Persönlichkeiten



Auf der Homepage www.martin-doermann.de sind 38 Portraits in einer Sonderausgabe abrufbar (Startseite)

Vorgestellt: Klaas Hübner

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Biografie

Geboren am 16. Mai 1967 in Bad Harzburg; evangelisch; verheiratet, vier Kinder.



Beruflicher Werdegang

1986 Abitur. 1986 bis 1988 Ausbildung zum Bankkaufmann. 1988 bis 1990 Studium der Kultur- und Wirtschaftswissenschaften.

Seit 1991 lebt Klaas Hübner in Neugattersleben bei Bernburg in Sachsen-Anhalt und ist dort selbständiger Unternehmer in der Bildungs-, Metall- und Elektronikbranche.

Politischer Werdegang

1983 Eintritt in die SPD

Mitglied des SPD-Kreisvorstandes Bernburg, Mitglied im Landesparteierrat der SPD Sachsen-Anhalt,

seit 2004 stellvertretender Landesvorsitzender der SPD Sachsen-Anhalt

seit 2002 Mitglied des Bundestages

Sprecher des Seeheimer Kreises der SPD-Fraktion

seit 2007 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion mit Zuständigkeit für die Bereiche Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Aufbau Ost und Petitionen.

10 persönliche Fragen an Klaas Hübner

1. Welche politischen Vorbilder hast Du?

Helmut Schmidt

2. Wen würdest Du gerne einmal treffen?

Klaus-Maria Brandauer

3. Deine liebsten Urlaubsziele?

Nordsee/Italien

4. Deine Leidenschaften?

Politik, Theater, klassische Musik, Fußball

5. Dein politisches Leitmotiv?

Politische Positionen nicht an Stimmungen der Mehrheit auszurichten, sondern für die eigenen Überzeugungen für Mehrheiten zu werben.

6. Dein Lieblingsfilm?

Der dritte Mann

7. Deine Lieblingsmusik bzw. Liedersänger?

Beethoven, Brahms, Opern von Mozart

8. Wen oder was nimmst Du mit auf eine einsame Insel?

Sonnencreme und viele Bücher

9. Deine Lieblingsbücher?

Gedichte von Rilke und Robert Gernhardt sowie das Gesamtwerk von Thomas Mann

10. Über wen lachst Du am liebsten?

Über mich.

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2009

Für 2009 wurden bislang die 4., 5., 7., 10., 12., 13., 17., 19., 20., 22., 25. und 27. Kalenderwochen als Sitzungswochen festgelegt. Am 27. September 2009 ist Bundestagswahl, die Sitzungswochen danach werden später bestimmt.

In den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages finden die Plenarsitzungen sowie die Ausschuss- und Arbeitsgruppensitzungen statt. Die Bundestagsabgeordneten sind in diesen Wochen in der Regel von Montag bis Freitag in Berlin.

Infos zu Martin Dörmann, MdB

Mitgliedschaften in Gremien

- Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Unterausschuss Neue Medien
- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (stellv. Mitglied)
- Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Vorstand der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion
- Arbeitsgruppe Energie der SPD-Bundestagsfraktion
- Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post, und Eisenbahnen

Funktionen in der SPD-Bundestagsfraktion

- Stellv. wirtschaftspolitischer Sprecher
- Berichterstatter für Telekommunikation sowie Luft- und Raumfahrt

Bundestagswahlkreis 94 (Köln I)

Martin Dörmann ist direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I, zu dem die Stadtbezirke **Porz** und **Kalk** sowie die **nördliche Innenstadt** gehören. Der Wahlkreis reicht somit vom „Colonius“ über den Dom und die Kölnarena bis zum Flughafen.

Büroanschriften

Martin Dörmann, MdB

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Hausadresse: Dorotheenstraße 101, Raum 4.650

Telefon 030 / 227 734 18; Fax 030 / 227 763 48

eMail: martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam:

Stefan Stader (Büroleiter), Dr. Marc Drögemöller, Sabine Schmidt

Internet-Homepage:

www.martin-doermann.de

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Telefon: 02203 / 52144
Fax: 02203 / 51044

Mitarbeiterteam:
Elke Heldt (Büroleiterin), Tim Cremer
eMail:
martin.doermann@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Kalk

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Telefon: 0221 / 8704302

Homepagebeauftragter:
Ralf Seinmeier

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel. 0221 / 169 195-77
Fax 0221 / 169 195-79
Mitarbeiterin: Renate Dinkelbach
eMail:
koelner-spd-mdb@netcolgne.de



IMPRESSUM • BERLIN DEPESCHE

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 10111 Berlin

Redaktion dieser Ausgabe: Martin Dörmann (verantwortlich), Sabine Schmidt, Marc Drögemöller, Stefan Stader

Bildnachweis: SPD-Parteivorstand (Seiten 3, 5, 10, 16), Auswärtiges Amt (Seite 3), Deutscher Bundestag (Seite 6), Stephan Erfurt/Deutscher Bundestag (Seite 7), Barbara Eckholdt/www.pixelio.de (Seite 11), Rainer Sturm/www.pixelio.de (Seite 12), Bernd Boscolo/www.pixelio.de (Seite 14), Johannes Eisele/SPD-Parteivorstand (Seite 15).

Die Berlin Depesche erscheint mindestens 6 mal im Jahr und wird als **Mitgliederausgabe** per eMail an Funktionsträger im Wahlkreis und interessierte SPD-Mitglieder versendet sowie als **Homepageausgabe** für Bürgerinnen und Bürger auf der Internet-Homepage von Martin Dörmann eingestellt. Wer in den **Email-Verteiler** aufgenommen werden möchte, sendet bitte eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben finden sich auf der Homepage: www.martin-doermann.de

